

An die
Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)

Mit E-Mail:
tarife@e-control.at

Betrifft: Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die
Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird;
Begutachtung; Stellungnahme

Zu dem übermittelten Verordnungsentwurf nimmt das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz – Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Zu legislativen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse <http://bmvrj.gv.at/legistik>¹ hingewiesen, unter der insbesondere

- die Legislativen Richtlinien 1990² (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)³ und
- verschiedene, legislative Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der verordnungserlassenden Behörde zu beurteilen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass § 12 Abs. 2 des Energie-Control-Gesetzes – E-ControlG, BGBl. I Nr. 110/2010, eine Verordnungserlassung aufgrund von § 82 Abs. 1 des Gaswirtschaftsgesetzes 2011 – GWG 2011, BGBl. I Nr. 107/2011, nicht ausdrücklich vorsieht.

¹ Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl.

https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten.

² <https://www.justiz.gv.at/web2013/file/2c94848a60c158380160e4e3747c0c33.de.0/legri1990.pdf>

³ https://www.justiz.gv.at/web2013/file/2c94848a60c158380160e4e3c9fb0c47.de.0/layout_richtlinien.doc

II. Zum Verordnungstext

Zur Promulgationsklausel:

Es sollte „Auf Grund der §§ 24 Abs. 2, 70 und 82 Abs. 1“ und „[...] in Verbindung mit § 12 Abs. 2 Z 1 des Energie-Control-Gesetzes [...]“ heißen (vgl. zu Abkürzungen LRL 148 iVm Anhang 1; zur Verwendung des bestimmten Artikels bei Zitaten mit dem Kurztitel von Rechtsvorschriften LRL 136).

Auch wäre in der Promulgationsklausel zusätzlich zu den letzten förmlichen Änderungen des E-ControlG und des GWG 2011, auch auf die Bundesministeriengesetz-Novelle 2017, BGBl. I Nr. 164/2017, zu verweisen (vgl. sinngemäß Punkt 1.3.6 des Rundschreibens vom 1. März 2007, BKA-601.876/0006-V/2/2007, betreffend Bundesministeriengesetz-Novelle 2007; legislative Implikationen).

Zu Z 1, 4 und 6, 8 und 9 (§ 2 Abs. 1 Z 13, § 11 Abs. 3 Z 6, 13 Abs. 2 Z 2 und 3, § 14 Abs. 7 Z 2 und 3):

Da in diesen Bestimmungen nur die Zahlen geändert werden, könnten die Novellierungsanordnungen dem Muster von Z 5 (§ 12 Abs. 2) entsprechend erfolgen. Für diesen Fall wäre auch die Erstellung einer Textgegenüberstellung im Interesse der einfacheren Verständlichkeit des Begutachtungsentwurfs jedenfalls anzuraten.

Zu Z 3 (§ 10 Abs. 8 Z 1 und 2):

In der Novellierungsanordnung kann vor der Ziffer 2 die Abkürzung „Z“ entfallen („§ 10 Abs. 1 Z 1 und 2“).

Zu Z 8 (§ 14 Abs. 7 Z 2 lit. a und b):

Es sollte in der Novellierungsanordnung „lautet“ statt „lauten“ heißen. Nach der legislativen Praxis richtet sich der Numerus bei absteigend geordneten Gliederungszitaten nach der obersten Gliederungseinheit (also Einzahl bei „§ 14 Abs. 7 Z 2 lit. a und b“; vgl. auch die Novellierungsanordnung 6 des Entwurfs).

Zu Z 10 (§ 15 Abs. 3):

Durch die Einfügung könnte unklar werden, ob sich die Wortfolge „die täglich abzulesen sind“, weiterhin auch auf Lastprofilzähler beziehen soll. Sollte das der Fall sein, könnte vor dem Wort „täglich“ das Wort „jeweils“ eingefügt werden.

Zu Z 11 (§ 15 Abs. 6 Z 5):

Die Novellierungsanordnung sollte lauten:

„11. § 15 Abs. 6 wird folgende Z 5 angefügt:“

Zu Z 12 (§ 17 Abs. 2 bis 6):

Die Novellierungsanordnung sollte lauten:

„12. § 17 Abs. 2 bis 6 lautet:“

Zu Z 13 (§ 19 Z 1 bis 3):

Die Novellierungsanordnung sollte lauten:

„13. § 19 Z 1 bis 3 lautet:“

Die Formatierung von § 19 Abs. 1 Z 1 bis 3 sollte mit Hilfe der Formatvorlagen des E-Rechts erfolgen.

Zu Z 14 (§ 19 Z 1 bis 3):

Anstelle der abstrakten Wendung „Die Bestimmungen der GSNE-VO 2013 – Novelle 2019, BGBl. ..., treten mit Beginn des ... in Kraft“ sollten die Bestimmungen, die geändert werden, im Einzelnen angeführt werden („§ 2 Abs. 1 Z 13 zweiter Satz, § 10 Abs. 6c letzter Satz, § ..., jeweils in der Fassung der GSNE-VO – Novelle 2019, BGBl. I Nr. xxx/2018, treten mit Beginn des ... in Kraft“).

III. Zu den Materialien

Bei Entwürfen von Verordnungsnovellen wäre eine Textgegenüberstellung hilfreich.

Wien, 08. November 2018

Für den Bundesminister:

MMag. Josef BAUER

Elektronisch gefertigt